

Zur Durchsetzung dieses Anliegens wirkte das BMB eng zusammen mit den Auslandsvertretungen der BRD - insbesondere im sozialistischen Ausland -, mit führenden Politikern der BRD und in Westberlin, Senatsdienststellen sowie mit Feindorganisationen wie "IGfM" und "Hvd" und anderen feindlich gegen DDR tätigen Organisationen und Kräften, deren Aktivitäten das BMB fördert, unterstützt, öffentlich gutheißt und sich ihrer bedient. Wesentlich zugenommen haben die Aktivitäten der mit einem entsprechenden "Mandat des BMB" ausgestatteten Westberliner Rechtsanwältin [REDACTED]

Die Bestrebungen des BMB, unmittelbaren Einfluß auf die Entscheidungsfindung der DDR zu nehmen und das Verhältnis der Übersiedlungersuchenden DDR-Bürger zu den staatlichen Organen zu belasten und gespannt zu halten, wurden durch in Einzelfällen sichergestellte Schriftsachen des BMB offenkundig, die als vorformulierte "Beschwerden" bzw. "Sachstandsankündigungen" zur inhaltlichen Anleitung und Orientierung von DDR-Bürgern für deren weiteres Auftreten bestimmt waren.

Neben den Daten des bekannten Fragebogens des BMB als "Voraussetzung für eine Bearbeitung des Falles" war das BMB um den Erhalt umfangreicher weiterer Informationen bemüht, so über die Motive für das beabsichtigte Verlassen der DDR, dazu unternommene Handlungen und begangene Straftaten, staatliche Reaktionen und Entscheidungen, angeblich erfahrene Repressionen, einschließlich im Strafvollzug der DDR, sowie Angaben über weitere Übersiedlungersuchende und deren Vorgehensweisen. Darüber hinaus werden ehemalige DDR-Bürger vor allem in Aufnahmestellen der BRD sowie im Zusammenwirken mit Feindorganisationen abgeschöpft.

Der gleichfalls mit einem "Mandat des BMB" ausgestattete Rechtsanwalt [REDACTED] forderte in der "Zentralen Aufnahmestelle des Landes Hessen" in Gießen bei "Begrüßungsansprachen" Haftentlassene aus der DDR auf, im Aufnahmeverfahren weitere "siedlungswillige" zu benennen, und verteilte ferner die Visakarte [REDACTED]. Entsprechende Fragebogen: "politischen Strafgefangenen in der DDR mit einem laufenden Ausreiseantrag" bzw. zu den Bedingungen im Strafvollzug der DDR sind im Aufnahmeheim in Gießen auszufüllen.

Kopie BStU
AR 8